

Salzburger Zeitung.

Bezugspreis für alle vierteljährlich 2,50 M. bei zweimonatlicher Auslieferung 2,75 M.

erhöhen die Spaltbreite oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf.

Nr. 470. Halle a. d. Saale, Freitag den 6. Oktober 1893.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 5. Okt. Der Kaiser nahm, wie dem Reichs- und Staats-Anz. aus Überseeben gewohnt wird, den Vortrag des Geh. Regierungsrats Mitscherlich und geteilt den Vortrag des Chef des Militärkabinetts Generals v. Sahlte entgegen.

Vom Fürsten Bismarck.

Da zur Stunde gerade schwere Besorgnisse wegen des Gesundheitszustandes des Fürsten die Stunde machen, so sei aus einem Artikel 'Bismarck's Arzt', welchen die 'Zukunft' in ihrem neuesten Heft veröffentlicht, eine Stelle wiedergegeben, die als ein beruhigender Beitrag zur Sache gelten kann.

So vor drei Wochen, als aus Kissingen die Nachrichten immer häufiger lauteten und in den Medication für die Trauerwoche schon die vier Elemente bereit gehalten wurden, gab es doch einen anglophilen Moment, um man bestreite nicht, aus der deutschen Geschichte den verfallenen letzten Kaiser nachzuweisen zu können. Auch für die Bekanntschaft des Grafen Bismarck war es schwer, über das Befinden des Fürsten Zuverlässiges zu erfahren, denn die Zeitungen bezogenen offenbar den internationalen Schwedens, und ihm immer freundlicher Dr. v. Wanders, der in kürzlicher Zeit von Kissingen und Witten um Witten auf dem Gebiete der Medizin, wo man ohne dringende Noth doch nicht ohne Besichtigung auftritt.

Interessant ist auch, was dann weiter über die Art und Weise, wie Schweninger zum Bismarck kam, mitgeteilt wird.

Schweninger kam auf dem Wege nach Danzig über Berlin. Die Bismarck war am Samstag abgegangen. Die Pläne's künnte höchstens noch zufließen. Man und Sekretre, die Schweninger waren untertäglich und Kräfte und Energie nahmen mit jedem Tage ab.

Die Bismarck war am Samstag abgegangen. Die Pläne's künnte höchstens noch zufließen. Man und Sekretre, die Schweninger waren untertäglich und Kräfte und Energie nahmen mit jedem Tage ab. Die Bismarck war am Samstag abgegangen.

Am Schluß des Artikels der 'Zukunft' wird gesagt, Prof. Schweninger habe vor der Abreise nach Kissingen auf das über seinem Schreibtische hängende von Lenbach gemalte Bild des Fürsten deutend erklärt: 'So alt wie sein alter Kaiser kann und muß mein Fürst mindestens werden.'

hente gut, gestern machte derselbe trotz nachstarker Witterung eine Spazierfahrt. Die Abreise per Extrazug ist auf Samstag mittig angelegt.

Von der Weinsteuer.

Dem von der 'Nord. Allg. Ztg.' in seinen Unirrisen angebotenen Weinenergelei stellt die 'Nat. Kor.' kein günstiges Prognostikon. Das Organ schreibt: 'Den Umfassungen, in denen zum Teil eine Weinsteuer besteht, soll die Befreier der minderwertigen Weine überlassen bleiben. Die Reichssteuer soll nur den Wein über eine gewisse Wertgrenze hinaus treffen. Bis zu einem gewissen Höchstmaß soll auch sämtlichen Gemeinden die Besteuerung des Weines freigegeben werden.'

Das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen.

Die Frage der Befreiigung der Sozialdemokraten an den Landtagswahlen kam nicht zur Ruhe kommen. 'Genosse' Bernheim in London hat in einem Artikel der 'Neuen Zeit' das Gespenst angesehen und 'Vorwärts' und schließlich sogar Herr Singer in Person haben sich vergeblich bemüht, den unbehaglichen Frageur zur Ruhe zu weisen, was aber beispielsweise die magdeburger Genossen nicht abhalf, für die Befreiigung zu agitieren.

Verstorbene Mitteilungen.

* Herr v. Wangenheim schreibt in dem im Korrespondenzblatt des Bundes der Landwirthe veröffentlichten Artikel gegen den Bundesvertrag mit Dänemark, er und seine Begünstigten wüßten sehr gut, daß sie auf die Mitglieder der 'wichtigsten Vereinigung' des Reichstages fall gründen könnten. Zu dieser Vereinigung über 25 Mitglieder der nationalliberalen Partei angehören, so liegt sich die 'Nat. Ztg.' zu folgender Gegenbemerkung veranlaßt: 'Das ist ein großer Irrthum. Der im Reichstag gebildeten wirtschaftlichen Vereinigung sind eine Anzahl Mitglieder, namentlich auch nationalliberale, lediglich in der Voraussetzung beigetreten, daß die Vereinigung nicht die parlamentarischen Wege der Parteien v. Wangenheim und Wangenheim werde. Anders, ebenso anrichtliche Freunde der Landwirthe haben allerdings den Schritt zum Abgange, weil sie jene Hoffnung nicht zu stellen vermochten. Es scheint, daß sie die Sachlage richtiger beurtheilt haben, denn wenigstens in der Korrespondenz des Bundes der

Landwirthe ruhte auch nach der Bildung der 'wirtschaftlichen Vereinigung' Unruhe und Gehässigkeit um die Waime.'

* Nach amtlicher Ermittlung fielen im Jahre 1891 von den in die Landwirthe inbegriffenen Versuchensleistungen eingesetzten Hektaren 22,9 Proz. auf Preußen, 14,8 Proz. auf Bayern, 9,9 Proz. auf Sachsen, 7,4 Proz. auf Württemberg, 6,1 Proz. auf Baden, 5,9 Proz. auf Elb-Lothringen, 4,2 Proz. auf Hessen und 0,7 Proz. auf Mecklenburg-Schwerin.

* Mehr der Vertrauenskreis seines entlassenen Reductors Cronheim sagt der 'Vorwärts' in einem langen Artikel u. a. folgendes: 'Seit Jahr und Tag hat Herr Cronheim Mittheilungen verschiedener Art, die er, sei es in seiner Vertrauensstellung als Reducteur des 'Vorwärts', sei es durch den aus dieser Stellung resultierenden kameradschaftlichen oder freundschaftlichen Umgang erfahren hatte, für lautes Geld an die gewerthete Presse verkauft, obgleich er bei einer ganzen Anzahl von Witzigen keine Mühe, daß ihre Nichtveröffentlichung selbstverständliche Voraussetzung und Voraussetzung war. Durch wohl drei Jahre, vom September 1893 bis in den Sommer 1890 zurück reichen die uns vorliegenden, von der Hand Cronheim's herrührenden Beweisaufträge.'

M. Wagdeburg, 5. Okt. Der freisinnige Bezirksverein 'Kaiser Friedrich', der größte der hiesigen freisinnigen Vereine, berührt gestern über die Frage des Anschlusses an die freisinnige Volkspartei. Es kam dabei zu schärfen Auseinandersetzungen zwischen den mecklenburgischen Anhängern der Volkspartei und solchen Freisinnigern, die den Zweck hat der beiden freisinnigen Gruppen nicht auch in den Verein getragen wissen wollen. Es wurde schließlich mit großer Mehrheit dem Anschluß an die Volkspartei zugestimmt.

Die Wahlbewegung.

Der heute veröffentlichte Waplausruf der freisinnigen Parteipartei tritt für den baldigen Erlass eines Substitutionsgesetzes ein. Es heißt in demselben: 'Vor schläge (d. h. der Zehnjährige Gegenentwurf), welche der preussischen Volkspartei den Charakter einer Veranlassung des Staates zu nehmen und sie von ihrer jetzigen Höhe herabzubringen drohen, sind erfolglos abgewehrt; dabei traten aber die schwere Gegenstände hervor, daß die Wiederannahme des Plans eines vollständigen Substitutionsgesetzes für lange Zeit ausgeschlossen erscheint, und die Ordnung der inneren Angelegenheiten der in der Regel konstitutionell geordneten Volkspartei und die Förderung der religiös-sittlichen Erziehung unseres Volkes Sache der Verwaltung bleiben muß. Dringend ist dagegen der baldige Erlass eines Substitutionsgesetzes geboten, durch welches die äußeren Verhältnisse der Schule nach den Grundsätzen unserer Verfassung geordnet werden.'

Landtagswahlen in Hessen.

Gestern fanden im Großherzogthum Hessen die Erstagwahlen zum Landtag in 22 Wahlkreisen statt. Das Ergebnis liegt noch nicht vollständig vor, die Nationalliberalen haben aber sieben Mandate an Freisinnige, Ultramontane, Antidemokraten und Sozialdemokraten verloren, wodurch jedoch ihre Mehrheit in der Kammer nicht aufgehoben wird. In Offenbach ist ein Sozialdemokrat gewählt, im Landkreis Siegen, bisher von dem freisinnigen Abgeordneten Guttfisch vertreten, ein Antidemokrat. Die letzteren ziehen zum erstmalen, und zwar mit drei Vertretern, in die Kammer ein.

Halle, 6. Okt. In einer gestern abend im kleinen Saale der 'Allerlei's stattgefundenen Versammlung des Vereins der Liberalen verhandelte der Vorsitzende Hr. Prof. Dr. Koblitz über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit dem Nationalliberalen Verein wegen eines gemeinsamen Zusammenschlusses bei der bevorstehenden Landtagswahl. Danach ist es zu einer Einigung bisher noch nicht gekommen, da beide Parteien gegenseitig die in Vorhlag gebrachten Kandidaten beanstanden. Der Vorstand des Liberalen Vereins hat bei der Terminierung seines Kandidaten ganz davon abgesehen, welche Stellung derselbe innerhalb der Partei einnimmt, da es der Stellung des Vereins der Liberalen entspricht, daß bei der Landtagswahl von den Streitigkeiten der Fraktionen nicht Notiz genommen und lediglich ein als liberal bekannter Vertrauensmann gewählt wird. Die Art der Abwägung des freisinnigen Kandidaten durch die Nationalliberalen hatte bei dem Vorlande den Glauben hervorgerufen, daß von den Nationalliberalen ein Zusammenschluß nicht ernstlich gewollt werde. Diese Annahme wurde aus der Berathung heraus auf Grund einer mit einem hervorragenden Mitgliede des Nationallib. Vereins stattgefundenen Unterredung als vollständig irriglich festgestellt und verifiziert die erste Absicht, mit dem Liberalen Verein zusammenzugehen, bestche bei den Nationalliberalen auch jetzt noch. Letztere hätten lediglich gegen die Person des in Vorhlag gebrachten Kandidaten Bedenken gehabt, weil man überzeugt sei, derselbe werde in der Wählerkraft zu wenig Anklang finden, daß ein Sieg nicht möglich sei. Nicht Absicht auf diese Erklärung und im Interesse des Liberalismus wurde darauf beschlossen, ein Zusammenschluß mit den Nationalliberalen nicht an der Personfrage hängen zu lassen. Man war einzig in der Überzeugung, daß es sich bei der bevorstehenden Wahl um ein Bestehen liberaler Vertrauenspersonen, einer Vertheidigung der sofortigen Güter an den wichtigsten Gebieten unseres Kulturlebens handelt. Bei den Aufgaben im künftigen preussischen Landtage müsse ein Zusammenschluß aller liberalen Parteien außerordentlich nöthig sein. Die Veranlassung beantragte daher der Vorstand einstimmig, mit den National-

